



Deutschland. Aber normal.

Herrn
Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Färber

Im Hause

AfD Fraktion Offenbach
Berliner Straße 100
63065 Offenbach am Main
Tel: 069 / 80 65 35 08
Fax: 069 / 85 65 35 09
E-Mail: afd-fraktion@offenbach.de

Offenbach, den 22.03.2024

Anfrage gemäß § 40 der Geschäftsordnung der
Stadtverordnetenversammlung

Beratungsleistungen städtischer Ämter

Vorbemerkung:

Seit dem Auftreten von Corona wurden viele städtische Beratungsstellen, insbesondere für Bürger in Notlagen geschlossen oder arbeiten seither im Homeoffice, so eine übereinstimmende Feststellung der Wohlfahrtsverbände in der Stadt Offenbach.

Presseberichten zufolge, verweisen Ämter der Stadt Bürger in Notlagen - trotz gesetzlicher Verpflichtung zur Beratung - in der Regel ohne selbst tätig zu werden, wie bspw. durch persönliche Beratung oder der Hilfe beim Ausfüllen von Formularen, direkt an Verbände, wie z.B. IB, Caritas oder Diakonie. Wegen mangelnder bzw. nicht vorhandener Erreichbarkeit kann dies in Extremfällen zu ernsthaften Konsequenzen für die Betroffenen führen.

Aufgrund mangelnder Akzeptanz, fehlenden Voraussetzungen oder Unkenntnis, sind Online-Beratungsangebote bzw. Online-Formulare keine wirklichen Alternativen zur persönlichen Beratung vor Ort. Dringende Abhilfe tut also mehr als Not.

Ich frage den Magistrat:

1. Inwieweit haben sich die Beratungsleistungen der städtischen Ämter für Bedürftige seit dem Auftreten von Corona sowohl qualitativ, als auch quantitativ, verändert?
2. Welches waren die Ursachen dafür?
3. Wie stellt sich die derzeitige Situation dar?
4. Welche Maßnahmen sind erforderlich bzw. geplant, die derzeit unbefriedigende Situation für Hilfsbedürftige zu verbessern?

Anfragesteller: Hans-Joachim Münd, Stadtverordneter